

Ressort: Politik

SPD: Bundestag soll Sterbehilfe erst nach der Sommerpause beraten

Berlin, 04.02.2014, 15:55 Uhr

GDN - Im Bundestag sollen laut der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Eva Högl Gruppenanträge zum strafrechtlichen Umgang mit Sterbehilfe erst nach der Sommerpause formuliert und beraten werden. "Ich gehe davon aus und habe dies auch schon mit den Kollegen aus der Union besprochen, dass nach der Sommerpause damit begonnen werden kann, konkrete Gruppenanträge mit Regulierungsvorschlägen zu erstellen", sagte Högl der "Welt" (Mittwochausgabe).

"Wir brauchen bei diesem Thema keine Hektik, sondern Zeit." Wie Högl ankündigte, wird die SPD-Fraktion "vor der Sommerpause einen fraktionsoffenen Abend zu dem Thema abhalten, wo wir zusammen mit Experten die verschiedenen Aspekte des Themas Sterbehilfe beleuchten und diskutieren wollen". Erst danach könnten dann verschiedene Anträge erarbeitet werden. Högl betonte dabei, "dass solche Gruppenanträge aus der Mitte des Parlaments heraus kommen, so, dass es keine Entwürfe der Bundesregierung geben kann".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-29542/spd-bundestag-soll-sterbehilfe-erst-nach-der-sommerpause-beraten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619